



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, den 26. Februar 1887.

Nr. 95.

Deutschland.

Berlin, 25. Februar. Wie es in unterrichteten Kreisen heißt, wird die Eröffnung des Reichstages durch den Reichskanzler Fürsten von Bismarck erfolgen.

Das Abgeordnetenhaus war auch heute, trotzdem wichtige Vorlagen auf der Tagesordnung standen, nur schwach besucht. Die beiden Gesetzentwürfe betreffend eine Theilung der Kreise in Westpreußen und Posen und die rheinische Kreis- und Provinzialordnung wurden nach kurzer Debatte, welche sich bei ergebnislosem Gesetze über die Stellung der Landräthe entwickelte, an besondere Kommissionen verwiesen.

Ueber „die deutschen Wahlen und das Ausland“ schreibt die „Magd. Ztg.“:

„Der Eindruck des deutschen Wahlergebnisses auf das Ausland ist bisher überall ein der Erhaltung des europäischen Friedens sehr günstiger gewesen. Die französische und die russische Presse erkennen das mit scharfer Miene an, die Presse der übrigen Großmächte meist freudig. In der That hat ganz Europa diesmal nicht bloß auf die Verhandlungen des Reichstages über das Militärgesetz, wie der Marschall Graf Moltke hervorhob, mit aufmerksamer Spannung gehorcht, sondern es hat auch mit steigender Theilnahme den hin- und herwogenden Wahlkampf und dessen Ausgänge verfolgt. Blieben auch diesmal Centrum und freisinnige Opposition mit den kleineren Gruppen in der Mehrheit, so war der Schluß berechtigt, daß das junge deutsche Reich gefährlichen Krisen in seiner inneren Entwicklung entgegenging, welche schließlich auch die äußere Machtstellung des Reiches nicht unberührt lassen konnten. Wenn der jetzige Ausgang der Wahlen für die Franzosen einer bitteren Bille gleichkommt, die ihnen durch das Ergebnis in Elsaß-Lothringen nur einigermaßen verjüngt wird, so steht doch zu hoffen, daß gerade die große Masse der friedensbedürftigen Einwohnerschaft unseres westlichen Nachbarlandes gegenüber den allzu lauten Schreien und Hebern daselbst jetzt mehr zur Geltung gelangen werde als es in letzter Zeit der Fall war.“

Ihren wir nicht, so ist auch der Artikel des „Herold“ in Petersburg, welcher anscheinend offiziös die deutschfeindlichen letzten Ergebnisse des „Nord“ und der „Pol. Kor.“ als irrtümliche Darstellungen der amtlichen russischen Politik bezeichnet, auf die Wirkung mit zurückzuführen, welche das nunmehr bekannt gewordene Wahlergebnis an der Nawa hervorgebracht hat. Es scheint, daß Herr v. Giers, dessen Stellung eine Zeit lang sehr schwierig sein mochte, das Auser

wieder fester in die Hände zu nehmen in die Lage gekommen ist.

Sehr merkwürdig berührt die telegraphische Meldung aus Rom, wonach Depretis schließlich auf die Neubildung des Kabinetts verzichtet hat. Hat er das mit oder ohne Zustimmung Robilant's gethan? Das ist zunächst die Hauptfrage. Ist es dem alten Chef der Regierung überhaupt Ernst mit seinem Rücktritt, oder will er damit nur gewisse widerstrebende Elemente der Kammer sich gefügig machen? Zur Beantwortung dieser Fragen wird man nähere Meldungen abwarten müssen. Daß die französischen und die republikanische Partei in Italien gerade jetzt Alles anstrengt, um Italien von der Seite Deutschlands und Oesterreichs zu verdrängen, steht fest, aber es ist jetzt wohl weniger als je anzunehmen, daß ihr dies gelingen wird.“

Der wiederholt angebrochte russische Schlag gegen die deutsche Eisen-Industrie scheint jetzt beschlossener zu sein, wie folgendes Telegramm ergeht:

Petersburg, 25. Februar. Der russischen „Petersburger Zeitung“ zufolge ist dem Reichsrath ein Gesetzentwurf betreffs des allmählichen Einfuhrverbots für ausländisches Roheisen, beziehungsweise der successiven Erhöhung der Eisenzölle zugegangen.

Der Gedanke ist schwer abzuweisen, daß, wenn diese Meldung sich bestätigt, der handelspolitischen Feindseligkeit im gegenwärtigen Augenblick auch Erwägungen der internationalen Politik zu Grunde liegen. Die Vorlage des Entwurfs an den Reichsrath ist allerdings noch nicht gleichbedeutend mit dem Erlaß des Gesetzes; aber sie kommt ihm, bei der nur begutachtenden Zuständigkeit dieser Körperschaft, sehr nahe.

Der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“ gehen aus Madrid nachstehende Mittheilungen zu: „Die „Correspondencia“ vom 20. veröffentlicht über die Expedition gegen Mindanao (die südlichste und nach Luzon oder Manila die bedeutendste Philippinen-Insel) ein Telegramm vom 13. d. M., welches in der Uebersetzung lautet:

„Gestern bei Tagesanbruch, und nachdem man die vorhergehenden Tage die Befestigungen des Feindes mit Artillerie beschossen hatte, wurden 16 mit Artillerie vertheidigte Gehöfte, welche zum Schutze eines weiten und tiefen Terrains errichtet waren, erstickt. Der Feind wurde de-logirt und kräftig verfolgt. Heute, nach einem mühevollen Marsche durch ein sumpfiges, mit Schilf und hohem Rohr bedecktes Terrain, sind das Haus und die dazu gehörenden Gebäude von Utto nach zähem Widerstand mit stürmender Hand

genommen worden. Sämmtliche Gebäude, sowie alle Häuser, welche sich in großer Ausdehnung auf dem Ufer des Rio Grande befinden, sind verbrannt worden. Marine und Armee haben in Erfüllung ihrer Pflicht gewetteifert. Verhältnismäßig geringe Verluste.“ Die Spanier haben sich auf der Südwestspitze und auf der Nord- und Ostküste festgesetzt. Den Rest der Insel nimmt das Sultanat Mindanao mit der Hauptstadt Solangam ein.

Aus dem Wahlkreise Bochum, 23. Februar. Das glückliche Wahlergebnis in unserem Wahlkreise, wonach bekanntlich der nationale Kandidat mit erheblicher Mehrheit über den ultramontanen Gegner gesiegt hat, ist leider in einem Theile unseres Kreises durch ein sehr bedauerliches Ereignis getrübt worden. Im Amte Wanne, zum neu gebildeten Kreise Gelsenkirchen gehörend, wird von der dortigen Industrie, namentlich vom Bergbau, eine große Anzahl von Arbeitern aus der preussischen Provinz Posen beschäftigt, welche ihren Zug ganz besonders nach der Zeche „Bluto“ haben, wo sie ganz nach ihrem Geschmack in gemeinschaftlichen Schlafhäusern untergebracht sind oder in einem großen, in unmittelbarer Nähe der Zeche gelegenen Wirthshause wohnen. Der Wirth, ein Ultramontaner vom reinsten Wasser, hat es seit Jahren verstanden, die Polen an sich heranzuziehen, ihrer Nationalität zu schmeicheln und namentlich der letzteren durch Stiftung von Vereinen, Schenkung einer Fahne u. s. w. jeden Vorjubel zu leisten. Dabei hat er es auf Kosten der armen bethörten Arbeiter fertig gebracht, ein reicher Mann zu werden, der neben den vor wie nach von den polnischen Arbeitern in übergroßer Anzahl bewohnten erbärmlichen Räumlichkeiten ein ausgebreitetes, sehr üppig eingerichtetes Geschäftshaus mit großem Saal u. s. w. bewohnt. Durch diesen Wirth sowohl wie durch die in nächster Nähe wohnhaften polnischen Geistlichen schon vor den Wahlen aufgereizt, veranlaßten die polnischen Arbeiter am Wahltage einen förmlichen Aufstand. Niemand wagte sich auf die Straße aus Furcht vor Steinwürfen, die Wahlstelle war zuweilen völlig unzugänglich. Die Polen warfen dort die Fenster ein und widersehten sich der von der deutschen Bevölkerung unterstützten Polizei, wobei mehrere Verletzungen durch Steinwürfe vorkamen. Auf Umwegen wurde das Amt von den Vorfällen in Kenntniß gesetzt und die sofort geschickte Polizeimannschaft brachte es mit Aufwenden aller Kraft und großem Muth zu Wege, die in der Uebermacht befindlichen Polen zu bezwingen. Gleichwohl kamen später noch Ausschrei-

tungen vor, bei denen u. A. ein Polizist schwer verletzt wurde. Die Erbitterung der deutschen Bevölkerung über diese polnische Wirthschaft ist groß und man begehrt Maßregeln gegen etwaige Wiederholung solcher Vorkommnisse.

Lübeck, 25. Februar. Die Lübecker Handelskammer erläßt durch die hiesigen Blätter ein Manifest zu Gunsten des nationalliberalen Konfuls Fehling in der bevorstehenden Stichwahl mit dem Sozialdemokraten Schwarz.

Russland.

Rom, 24. Februar. Der Ausfall der deutschen Wahlen erweckt außerhalb gewisser stets nach Frankreich schielenden Kreise allgemeine Befriedigung. „Popolo Romano“ hebt als bemerkenswerthe Thatsache hervor, daß die nationalliberale Partei wahrscheinlich im neuen Reichstage die Mehrheit der Mehrheit darstellen und vielleicht berufen sein werde, die deutsche Politik insofern entscheidend zu beeinflussen, als dieselbe wieder jenen liberaleren Charakter erhalte, welchen sie bis zu Bismarcks Trennung von Bismarck bezauberte, und zu den Ueberlieferungen jener Zeit zurückkehre, welche die ruhmvollste und wichtigste im nationalen Leben des neuen deutschen Reiches gewesen sei. Das Centrum andererseits lehre gemindert an Zahl wie Ansehen in den Reichstag zurück; diejenigen Abgeordneten, welche trotz Jacobinis Noten hartnäckig das Septennat beanstandeten, hätten allerdings Unabhängigkeit und Charakterstärke bewiesen, sich aber in eine bedenkliche Lage ohne absehbaren Ausweg verseht. Als Katholiken und Klerikale hätten sie in einem höchst ersten politischen Augenblick gegen die Stimme des Kirchenhauptes sich aufgelehnt und das reine Gegentheil von dem gethan, was der Wunsch und nach den Worten Jacobinis das Interesse des Papstes sei. Die könnten künftig diese Vorkämpfer des deutschen Merkantilismus in Berlin als wachsame Vertheidiger der Rechte des heiligen Stuhles auftreten, nachdem sie das Vergerniß der Widersehligkeit gegen die Mahnungen desselben gegeben hätten! Wer in diesem ganzen Wirrwarr nicht die beste Figur spiele, sei der arme Kardinal Jacobini, der zweifellos sich die unglücklichen Noten erspart haben würde, wenn er deren praktische Nutzlosigkeit vorhergesehen hätte. „Opinione“ betrachtet die Sicherung des Septennats als eine friedensfördernde Kundgebung für die deutsche Einheit, betont jedoch angefaßt des Ernstes der Lage die Nothwendigkeit, keine Vorsichtsmaßregeln gegen künftige Möglichkeiten zu versäumen, und meint, das Bündniß des Papstes mit Bismarck gegen die klerikalen deutschen Häuptlinge müsse den Italienern, welche zu

Feuilleton.

Studien über die Flotte Chinas.

(Aus dem „Ostasiatischen Lloyd“.)

I.

Mit der Verantwortung für die Sicherheit ihrer Provinz lastet auf den Vizekönigen auch die Sorge für den Schutz der Küste; die Küstenprovinzen sind daher in unverhältnismäßiger Weise mehr belastet als diejenigen im Innern des Reiches, sie tragen die Kosten der Anschaffung einer Flotte. Die Mängel dieses Systems treten hier besonders grell hervor. Kein Vizekönig kann sich entschließen, sein kostbares Kriegsinstrument zu Zwecken herzugeben, die nicht unmittelbar mit dem Schutz der eigenen Provinz zusammenhängen. Hier also ist die Gefahr, einzeln geschlagen zu werden, am größten.

Die in dieser Richtung gesammelten Erfahrungen legen es der kaiserlichen Regierung nahe, nach dem Vorgange eine Zentralisation der Verwaltung der Flotte anzustreben. Admiral Sebelin mußte den Plan für eine Reichsflotte ausarbeiten. Derselbe wurde im Prinzip angenommen und seiner Zeit Li-Fong-Pao als Chef dieser neuen Behörde in Aussicht genommen. Der Erfolg dürfte dem Zwecke nicht entsprechen. Die Vizekönige werden Alles versuchen, die Wirksamkeit der Maßregel zu hintertreiben, in dem Vertrauen, daß dieselbe nicht den Schutz des Reiches, sondern mehr den von Tschili und Peking im Auge habe, und in der Befürchtung, daß durch die neue Einrichtung die Kontrolle der Marine

ebenfalls in die Hände der Europäer übergehen würde, wie diejenige der Seezölle. Dieser Argwohn hat seine Begründung. Ohne Europäer wird man auf der Flotte in Kriegszeiten nicht fertig, das haben die letzten Ereignisse zur Evidenz erwiesen. Diese Europäer nun werden sich der Kontrolle und der Autorität viel leichter entziehen können, als dies bisher den einzelnen Vizekönigen gegenüber möglich war. Die letzteren fürchten, ihr Material an das Ausland zu verlieren. Man will die Ausländer als Instruktoren gelten lassen, sie aber von selbstständigen Kommandos möglichst fernhalten. Die Zuteilung eines aktiven Kommandos über zwei der besten Schiffe an den Admiral Sebelin war seit Gordons Zeiten der erste Fall dieser Art. Eine Zentralisation wäre nur durchführbar, wenn die Inlandprovinzen zu den Kosten herangezogen würden, es ist aber mehr als fraglich, ob es gelingen wird, gegen den alten Staatsgrundsatz der Verantwortung nur für die eigene Provinz mit Erfolg anzukämpfen.

Die angestrebte Reform ist durchaus wünschenswert, nicht gegen eine europäische Flotte, denn eine solche wird auch von den vereinten Geschwadern Chinas nichts zu fürchten haben (ein jedes deutsche Kanonenboot wird in Folge der frischen Intelligenz von Offizieren und Mannschaften, der Selbstständigkeit und des Selbstvertrauens der Europäer, stets im Stande sein, ein noch so schwer armirtes chinesisches Schiff zum Streichen der Flagge zu zwingen), vielmehr gegen Japan.

Dieser Staat trachtet offenbar nach der Suprematie in den ostasiatischen Gewässern und

hat sich zu diesem Zwecke Lasten auferlegt, welche auf die Dauer von ihm nicht ertragen werden können. Japan wird durch den Reichthum Chinas einfach erdrückt, und man nimmt daher allgemein an, daß es in nicht zu ferner Zeit zu einem Kriege seine Zuflucht nehmen wird, um die durch die stetig wachsende militärische Macht Chinas drohende Gefahr abzuwenden, ehe es zu spät ist. Das Uebergewicht auf der See zu erlangen, dürfte für China nicht schwer sein, doch scheint der bis jetzt verfolgte Weg ein verfehlter; eine Anzahl schnell laufender Kreuzer würde viel bessere Dienste leisten als kostspielige Panzerschiffe, zu deren Instandhaltung und Dienst stets Europäer nöthig sein werden.

Die Brauchbarkeit oder Unbrauchbarkeit der Geschwader der einzelnen Vizekönige hing bisher zum größten Theile ab von der mehr oder minder großen Mündigkeit der Agenten, welche ihre Waaren den Vizekönigen anpriesen. So besaß beim Beginne der Feindseligkeiten z. B. Nanking eine ganz respektable Flotte schnelllaufender Kreuzer, während Tschili nicht ein einziges Schiff aufzuweisen hatte, welches im Stande gewesen wäre, auf offener See auch nur das schwächste feindliche Kanonenboot mit Aussicht auf Erfolg anzugreifen, obgleich bei der Landarmee entgegen-gesetzte Verhältnisse obwalteten.

Das Peking- oder nördliche Geschwader zählte 1884 folgende Schiffe:

a) Zwei gleichgebauete Armstrong-Kreuzer „Jangweh“ und „Tschaojung“, welche 15 bis 16 Knoten laufen, aber nur wenig Kohlen aufnehmen vermögen. Sie sind niedrig gebaut und daher nur bei ruhiger See gefechtsfähig.

Die Geschütztypen sind nur wenige Fuß über dem Wasserspiegel, jede Welle würde in die Batterie schlagen. Die Armirung besteht in je einem 25 Tons Armstrong in Heck und Bug, zu beiden Seiten derselben in Summa 4 Geschützen kleineren Kalibers und einer Menge Hotchkiss- und Nordenfeldt-Kanonen. Die Bewegung der Geschütze geschieht durch hydraulischen Mechanismus, der in Gefahr ist, durch den Segner zerstört zu werden, denn die Schiffe sind aus Holz. Die Maschinen sind unter Wasser und wurden seiner Zeit noch durch Kohlenfäcke besonders geschützt.

b) Mehrere leicht armirte Kanonenboote „Kang Tschil“ etc. sind weit eher geeignet in See zu gehen, doch die Armirung schließt sie ein für alle Mal vom Kampfe mit solchen Schiffen aus, welche seitens der europäischen Mächte in diese Gewässer geschickt zu werden pflegen.

c) Die zur Klasse der Moskito-boote gehörigen Flussschiffe führen je ein 35 Tons Armstrong- sowie eine Anzahl von Torpedogeschützen und können, geeignet geführt, bei der Vertheidigung der Küsten, Häfen, Flußeingänge etc. von großem Nutzen sein.

d) Von den drei Torpedofahrzeugen nannten sich zwei gleich nach ihrer in Shanghai erfolgten Zusammenstellung und während ihrer Ueberführung nach dem Norden im Hafen von Tschifu in den Grund. Ob das dritte aktionsfähig war, ist unbekannt.

